

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergaße 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtig 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Jäger & Fort, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger & Fort, in Elbing: Neumann, Hartmann & Buchholz.

Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 19. Novbr. Die liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses haben eine gemeinsame Commission ernannt wegen eines im Hause zu stellenden Antrages in Betreff Schleswig-Holsteins.

Der Ausschuss des Deutschen National-Vereins wird am 22. Novbr. in Berlin eine Sitzung halten.

Angekommen 9 1/2 Uhr Vormittags.

Frankfurt a. M., 19. Novbr. Der großherzoglich badische Bundestagsgesandte hat die Vollmacht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein für die holsteinische Stimme am Bundestage mit Zustimmung der badischen Regierung vorläufig übernommen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 18. Novbr. Die heutige „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes Regierungs-Antritts-Patent:

„Schleswig-Holsteiner! Der letzte Fürst der dänischen Linie Eures Regentenhauses ist dahin gegangen. Kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des oldenburgischen Hauses, kraft der Ordnungen, welche die schleswig-holsteinische Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde, erkläre ich hierdurch als erstgeborener Prinz der nächsten Linie des oldenburgischen Hauses, daß ich die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein an trete, und damit die Rechte und Pflichten übernehme, welche die Vorsehung meinem Hause und zunächst mir überwiesen hat. Ich weiß, daß diese Pflichten in schwerer Zeit an mich heranreten, ich weiß, daß zur Durchführung meines Eures Rechtes mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht, als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit aller und neuer Eide und Eurer Ueberzeugung von der Festigkeit des Bundes, welches mein Geschick und das Eure vereint. Ihr habt bis jetzt Ungerechtigkeit eben so mannhaft getragen, als Ihr mannhaft gekämpft hattet, Ungerechtigkeit abzuwehren. Für das Joch, das man Euch auflegte, gab bis jetzt ein unbestrittenes Recht den Vorwand, denn der König von Dänemark war zugleich Euer Herzog.

Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat, und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen.

„Ich kann Euch jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt, Ihr habt keine Waffen. Mir liegt deshalb vor Allem ob, die Regierungen des Bundes um Schutz meines Regierungsrechtes und Eurer nationalen Rechte anzugehen. Der deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegen getreten. Die Ordnung, auf welcher die Regierungen Deutschlands ruhen, ist dieselbe, auf der meine Rechte begründet sind, und die Regierungen Europas werden der durch die Erfahrung bestätigten Wahrheit nicht widerstehen, daß ein haltbarer Zustand da nicht dauern kann, wo eine willkürliche Rechtsordnung einem Volke gegen seine geheiligten Wünsche, gegen seine von Gott gesegnete Nationalität und gegen sein uraltes Recht aufgedrängt werden soll.

*) Im heutigen Morgenblatt bereits im Auszuge per Telegramm mitgetheilt.

Was sich Berlin erzählt.

Die Börse befand sich im Laufe der vergangenen Woche im Zustande höchster Aufregung; sie schwankte und zitterte, fror und schwigte, hatte einen völligen Fieberanfall und fühlte sich so schwach und angegriffen, wie dies seit Jahren nicht der Fall gewesen. Die Ursache ihrer Leiden war eine russische Influenza, da bekanntlich die Reichsbank in Petersburg ihre Zahlungen auf das Äußerste reducirt hat. — Aufsehen erregt das Schicksal einer bekannten Börsenfigur, des Herrn Eli Samter, der wegen Unterschlagung einer Summe, welche über 30,000 Thaler beträgt, jetzt flehentlich verfolgt wird. Derselbe gab einige Zeit eine „Börsen-correspondenz“ heraus, welche jedoch bald wieder einging. Später gründete er eine „Norddeutsche Handelszeitung“, die in auffallender Weise für Louis Napoleon Partei nahm und sich ferner durch ihre derbe, cynische Sprache auszeichnete. Auch dieses Blatt ging den Weg alles Fleisches und starb am Abonnatenmangel, der Herausgeber aber lebte nach wie vor auf einem großen Fuße, obgleich es notorisch bekannt war, daß er kein eigenes Vermögen besaß. Herr Eli Samter bewohnte ein elegantes Haus in der Victoriastraße, war höchst comfortable eingerichtet und freute sich seines Daseins. Derartige Erscheinungen sind jedoch in Berlin durchaus nicht selten. Werden sie einigermaßen vom Glück begünstigt, so können sie als Willkür und sogenannte Ehrenmänner sterben, im entgegengesetzten Falle enden sie auf der Anklagebank. — Große Theilnahme findet hier der plötzliche Tod des Geheimen Justizraths Geppert I. Derselbe war einer der gefuchtesten und am meisten beschäftigten Rechtsanwälte und besaß eine Praxis von 10—15,000 Thalern. Als Abgeordneter gehörte er früher zur rechten Seite des Hauses, ohne jedoch eine hervorragende politische Stellung einzunehmen. Im Privatleben war er ein Ehrenmann in der vollsten Bedeutung des Wortes, allgemein geachtet und beliebt. In seinem Hause versammelte er einen ausgesuchten Kreis von Künstlern und Gelehrten um sich, wie derartige Gesellschaften immer seltener in Berlin werden und mit der Zeit vollkommen aussterben drohen. — Einen tiefen Eindruck hat in den letzten Tagen ein Fall von Scheintod gemacht, der hoffentlich dazu beitragen wird, die Leichenhäuser und die mit ihm noth-

„Lauenburger! Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage, unterliegt dessen Erbfolge, soweit nicht Rechte anderer Glieder meines Hauses und ältere und begründete Rechte deutscher Regentenhäuser daran haften. Ich gebe Euch das Versprechen, daß ich Euer nationales Recht als mein eignes betrachte und so weit ich berufen bin, Eure Rechte und Freiheiten beschützen werde.

„Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserm Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetz: Die Verfassung und die Gesetze der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.

„Schloß Dölsig, am 16. November 1863.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.“

Frankfurt a. M., 18. November. Der gesetzgebende Körper hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die dringende Aufforderung an den Senat zu richten, den bisherigen Erbprinzen von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg anzuerkennen und diese Anerkennung durch den Frankfurter Bundestagsgesandten bei dem Bundestage aufs dringendste zu beantragen und zu fördern.

Kopenhagen, 17. Nov., Abends. (S. M.) Der hiesige Gemeinderath hatte heute Audienz bei Ihren Majestäten dem Könige und der Königin. Der Oberpräsident verlas eine Adresse, worin der Trauer über den erlittenen Verlust des Landes Ausdruck gegeben, so wie die Hoffnung und Bitte ausgesprochen wird, daß der König das unvollendete Werk seines Vorgängers vollenden, den kürzlich angenommenen Verfassungsentwurf bestätigen und sich mit Männern umgeben möge, welche wie die letzten geprüften Rathgeber des verstorbenen Königs im Besitze des Vertrauens des Volkes wären. Der König antwortete: Er begreife vollkommen die Trauer um den Verlust, der das Land betroffen, da er denselben selbst im herbsten Grade empfinde. Er sei so dänisch gesinnt wie irgend Jemand — hiervon glauze er schon Beweise gegeben zu haben — und wolle so ehrlich wie irgend Einer das Wohl Dänemarks. Was jedoch den speciellen Punkt der Adresse betreffe, nämlich den Wunsch, die neue Verfassung zu unterschreiben, so habe er als constitutioneller König das Recht, nur nach reiflicher Erwägung zu beschließen, und würde die Nachricht von seiner Entschliebung durch den Geheimen Staatsrath mitgetheilt werden. Sodann dankte der König dem Gemeinderathe für das Interesse, welches derselbe ihm auch bei glücklichen Familien-Ereignissen gezeigt habe und brachte demselben einen Gruß von seiner geliebten ältesten Tochter. Der Ober-Präsident beglückwünschte darauf die Königin und sprach seine Freude darüber aus, den Thron von einer Dame besetzt zu sehen, welche im Besitze aller derjenigen Eigenschaften und Tugenden sei, die an der Ehegattin und Mutter geschätzt würden. Als der Gemeinderath das königliche Palais verließ, umrante die ungeduldige Volksmasse den Wagen des Ober-Präsidenten und verlangte die Antwort des Königs zu erfahren. Der Ober-Präsident forderte die Menge auf, sich nach dem Rathhause zu begeben, wo ihr alsdann die königliche Antwort mitgetheilt wurde. Der Kronprinz Friedrich wird vor der Beilegung der Leiche des verstorbenen Königs aus Dörsford zurück erwartet.

Kopenhagen, 18. Novbr., 4 Uhr. Die gemeinschaft-

wendig verbundenen Vorichtsmaßregeln in Aufnahme zu bringen und populärer zu machen. Nach leichtem Unwohlsein nämlich sank die junge Frau eines hiesigen Kaufmanns, anscheinend vom Schläge getroffen, zusammen. Sie wurde so gleich in das andere Zimmer gebracht und als Todte behandelt. Am nächsten Tage entfernte sich der trostlose Gatte, um einige Anordnungen wegen des Begräbnisses zu treffen. In seiner Abwesenheit glaubten die Hausbewohner einen Hilferuf in der Wohnung des Kaufmanns zu vernehmen, der sich mehrfach wiederholte. Da die Wohnung verschlossen und ein Schlosser nicht sobald aufzutreiben war, so wurde die Thür mit Gewalt geprügelt. Als man in die Wohnung drang, fand man die Unglückliche am Boden ausgestreckt. Sie hatte sich aus dem vorderen Zimmer, wohin sie von der Leichenfrau getragen worden war, bis in das Schlafzimmer ihres Mannes und an das Bett desselben geschleppt, vor dem sie ohnmächtig hingestunken war. Schnell wurde ein Arzt herbeigerufen und seinen Bemühungen gelang es, die Ohnmächtige wieder ins Leben zurückzurufen. Wie man hört, soll Hoffnung vorhanden sein, die von dem lebendig Begrabenwerden Gerettete zu erhalten.

Auf dem Gebiete der Literatur findet ein neuer Roman „Schubart und seine Zeitgenossen“ von Brachvogel verdiente Beachtung. Der Verfasser selbst ist in mehr als einer Beziehung eine eben so interessante, als originelle Erscheinung. Brachvogel ist in Breslau geboren und war ursprünglich zum Medailleur bestimmt. Nachdem er lange Jahre Pettschaften und Medaillen graviert, folgte er dem unwiderstehlichen Drange, der ihn zur Literatur führte. Nach manchen Versuchen, wobei er sein kleines, erworbenes Vermögen aufgebraucht, gelangte er nach Berlin. Einige dramatische Arbeiten, die er hier zur Aufführung brachte, bekundeten zwar ein entschiedenes Talent, reiften aber wenig oder gar nicht. War sich und seine Familie zu ernähren, nahm Brachvogel die Stelle eines Theater-Secretärs bei dem damaligen Besitzer des Kroll'schen Lokals an, später einen untergeordneten Posten bei dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau. Keineswegs abgeschreckt durch seine bisherigen geringen Erfolge, arbeitete er unverbrossen fort und kauf den „Narziss“, der auf dem Hoftheater in Berlin und danach in ganz Deutsch-

liche Verfassung für Dänemark und Schleswig ist so eben von dem Könige im Geheimen Staatsrath unterschrieben worden.

Kopenhagen, 18. November. In einer außerordentlichen Sitzung des Reichsrathes theilte der Conseilpräsident Minister Hall die eben erfolgte königliche Unterzeichnung des Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig mit. Der Präsident des Reichsrathes brachte darauf ein Hoch auf den König aus, das von den Mitgliedern wie auf den dichtgedrängten Tribünen einen donnernden, unendlichen Widerhall fand.

Ein fernerer Vorschlag des Präsidenten, der Reichsrath möge dem Könige morgen nach erhaltener Allerhöchsten Erlaubniß seinen Glückwunsch und Dankagung in corpore darbringen, wurde mit Acclamation angenommen.

London, 17. November. Das fällige Postdampfschiff hat Newyorker Nachrichten vom 7. d. gebracht. Der Dampfer „Salvor“ hatte von Charleston vom 4. die Nachricht nach Philadelphia gebracht, daß die Unionisten das Fort Sumter erlitten und besetzt hätten. Man erwartet ungeduldig die Bestätigung der Nachricht. Meade soll die Straße von Warrenton nach Richmond, auf der er sich anfangs bewegt, verlassen haben, um eine neue Operationsbasis zu nehmen, die ihm besser gegen die Streifcorps der Confederirten geschützte Winterquartiere darböte. Bei Colliersville haben die Unionisten einen Angriff zurückgeschlagen. Der „Philadelphia Enquirer“ bringt das wenig wahrscheinliche Gerücht, daß die Confederirten Richmond geräumt hätten. Seward hat in einer öffentlichen Rede erklärt, der Friede werde nicht eher wieder hergestellt werden, als bis Lincoln Präsident aller Staaten sei.

Wechselcours auf London 162, Goldagio 48, Baumwolle 85.

London, 18. November. Der Postdampfer „Etna“ mit 146,000 Dollars an Contanten hat Newyorker Nachrichten vom 9. d. nach Eort gebracht. Die Nachricht von der Einnahme des Forts Sumter war erlitten. Am 7. d. gingen zwei Divisionen der Meade'schen Armee unter Segwick und French gegen den Appahannoc vor und nahmen die Rebellen, welche die Confederirten zum Schutz der Eisenbahnbrücke und der Fuhrt Kelly's Ford aufgeworfen hatten. Am 8. überschritt die ganze Armee Meades den Fluß, ohne auf Widerstand zu stoßen, und ging bis Bandy vor. Burnside's Cavallerie ging oberhalb durch eine Fuhrt. Die Confederirten nahmen zwei vorgeschobene Positionen Burnside's und machten die Hälfte zweier daselbst stationirten Regimenter zu Gefangenen.

Wechselcours auf London 160 1/2, Goldagio 46.

Landtags-Verhandlungen.

Dritte Sitzung des Herrenhauses.

Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode. In der Königl. Loge Feldmarschall v. Wrangel, Kammerherr Schloßhauptmann v. Räder; in der Diplomatenloge Hg. Frhr. v. d. Heydt. Unter den im Saale anwesenden Mitgliedern bemerkten wir Staatsmin. a. D. v. Bernuth, Frhr. v. Diergärt, Unterstaatssecr. a. D. v. Bruner, Prof. Tellekamp u. a.; entschuldigt ist Dr. Brüggemann. Am Ministerische: Graf Eulenburg, Graf Tzenplitz, Graf zur Lippe, v. Koon, Reg.-Assessor Dr. Jacobi, Geh. Ober-Justizrath Meyer.

Berathung über die Presseverordnung vom 1. Juni d. J. Berichterstatter v. Daniels recapitulirt den Inhalt des Berichts: Der erste Antrag der Commission, der Verordnung vom 1. Juni die Genehmigung zu erteilen, sei einstimmig gefaßt worden, (von den 15 Mitgliedern der Commission waren nicht anwesend) der zweite, welcher die Aufrecht-

land mit dem rauschendsten Beifalle gegeben wurde und im eigentlichen Sinne Favore machte. Plötzlich über Nacht war Brachvogel aus einem jungen, unbekannten Mann ein berühmter Schriftsteller geworden, dem es nicht an einträglichen Tantidimen und glänzenden Auerbezeichnungen fehlte. In rascher Folge ließ er eine Reihe neuer Dramen erscheinen, ohne jedoch den „Narziss“ zu erreichen, geschweige zu übertreffen. Auch als Novellist versuchte er sich jetzt und schrieb seinen ersten Roman „Friedemann Bach“, der von der Kritik und dem Publikum äußerst günstig aufgenommen wurde. Zugleich war Brachvogel bemüht, die Lücken seiner Erziehung und Bildung auszufüllen, was ihm auch vollkommen gelungen ist und wofür sein neuester Roman ein glänzendes Zeugniß ablegt.

Der Held desselben ist „der Dichter, Musiker und erste deutsche Journalist, Christian Schubart“, einer der interessantesten und bedeutendsten Männer seines Jahrhunderts, eine wahrhafte Prometheusnatur. Ursprünglich zum Theologen und Lehrer bestimmt, fühlte er sich weit mehr zur Poesie und Musik hingezogen. Wie Pegasus im Joch mußte er mehrere Jahre unter den kleinlichen Verhältnissen als deutscher Schulmeister leben, bis er die Stelle des Organisten und Musikdirectors in Ludwigsburg erhielt, wohin der eigenwillige Herzog Carl Eugen seine Residenz verlegt hatte. Hier herrschte am Hofe und in der Gesellschaft ein liebreich frivoles Leben, französische Maitreessenherrschaft und deutsche Bülerei, der sich der stänlich geniale Schubart nur zu sehr in zügelloser Wildheit überließ. Seine Frau trennte sich von ihm und er selbst wurde wegen eines Spottgedichts auf einen Häfling und wegen einer Parodie auf die Titanen entlassen und des Landes verwiesen. Nach manchen abenteuerlichen Irrfahrten gelangte er nach Augsburg, wo er seine „Deutsche Chronik“ schrieb und herausgab. Die populäre Sprache seines Blattes, der allzeit schlagfertige Witz, die Kühnheit seiner Bilder, die poetische Kraft seiner Rede schlug wie ein Blitz in das Volk, so daß er sich überall unzählige Freunde, aber eben so erbitterte Feinde und Gegner erwarb. Bald mußte er auf Dringen der katholischen Partei Augsburg verlassen und nach der freien Reichsstadt Ulm übersiedeln, wo er seine Chronik mit dem alten Mathe fortsetzte. Hier ließ

haltung der Verordnung bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Presse verlangt, mit allen gegen eine Stimme. Die Verordnung verstöße in keiner Weise gegen irgend eine Bestimmung der Verfassung. Art. 27. der Verf.-Urk. sichere Freiheit der Gedankenmittheilung zu; diese Freiheit werde durch die Verordnung nicht eingeengt; sie sei überhaupt nicht gegen die Presse im Ganzen, sondern nur gegen einen Theil der Presse gerichtet, gegen Zeitungen und Zeitschriften. Was von der Gesetzgebung gesagt sei, müsse ebenso auf die ordentliche Gesetzgebung (Art. 62.), wie auf den Fall bezogen werden, wo die Staatsregierung in die Nothwendigkeit komme, von den ihr durch Art. 63. b. i. gelegten Befugnissen Gebrauch zu machen. Was die Worte des Art. 63. „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ betreffe, so verleihe es die Commission an ers als in von einer Irthum-Fakultät abgegebenes Gutachten; nämlich nicht bloß das Ausbrechen eines offenen Aufstandes, sondern jede Störung des öffentlichen Friedens, jede Anreizung zu gegenseitigem Haß unter den Staatsangehörigen. Eine Abhilfe sei dringend erforderlich gewesen, denn so zahlreich seien die Richter nicht, um jede solche Störung, so schnell wie es notwendig sei, zu ahnden; fortgesetzte Pressprozesse würden nur zu neuen strafbaren Zeitungsartikeln geführt haben; eine Vermehrung des Richterstandes, vielleicht gar eine „Reorganisation“ auch auf diesem Gebiete wäre nöthig gewesen.

Dr. Prof. Lellkamp: Es fragt sich, ob die vorliegende Verordnung vom 1. Juni d. J. verfassungsmäßig oder verfassungswidrig sei? Bekanntlich sagt der Art. 62 der Verfassung, daß zu jedem Gesetze die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtages erforderlich ist, und Art. 63 der Verfassung, auf den sich die vorliegende Verordnung stützt, macht hiervon eine Ausnahme „nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert.“ Zur Zeit des Erlasses der fraglichen Verordnung hat bekanntlich überall die öffentliche Sicherheit ungestört geherrscht, und die Regierung hat nicht den Nachweis geführt, daß damals ein „ungewöhnlicher Nothstand“ wirklich eingetreten sei. Die Begründung für die Verordnung fehlt daher. Dürften einseitig Verordnungen bei jeder Befürchtung oder bei jedem unbehaglichen Zustande erlassen werden, so würde damit der Hauptgrundsatz alles verfassungsmäßigen Lebens in Frage gestellt, daß zu jedem Gesetze die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtages erforderlich ist. Hier gilt also: obsta principiis, damit der Fall dieser Verordnung nicht zu einem Präcedenzfall für die Zukunft werde. — Der Art. 63 der Verfassung bestimmt ferner, daß eine derartige Verordnung „der Verfassung nicht zuwiderlaufen dürfe.“ Die Verfassung gewährt die Pressefreiheit und sagt im Art. 27 ausdrücklich, daß Beschränkung derselben nur im Wege der Gesetzgebung, also auf keinem andern Wege, auch nicht den octroyirten Verordnungen zulässig sei. Die Verfassung sagt ferner im Art. 28, daß Pressvergehen nur nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen sind, und hat hiernach die Presse den Eingriffen der Verwaltungsbehörden entzogen, und nur unter das Urtheil der Gerichte gestellt. Diesem Artikel 28 der Verfassung widerspricht geradezu die Verordnung vom 1. Juni, indem sie neben die Strafgesetze, welche durch die Gerichte angewendet werden, cumulirend ein neues Strafsystem stellt, das durch die Verwaltungsbehörden gegen die Presse angewandt werden soll — und sie widerspricht hiermit außerdem den Artikeln 7 und 8 der Verfassung, wonach Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, und Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen unstatthaft sind und wonach Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden dürfen. Nach dem Wortlaut der Verfassung ist also offenbar die vorliegende Verordnung vom 1. Juni verfassungswidrig. Die Genehmigung kann ihr also nicht erteilt werden. Die Commission beantragt, sie so lange in Kraft zu erhalten, bis andere gesetzliche Bestimmungen in Wirksamkeit treten können. Dies wird von den Beschlüssen beider Häuser des Landtages abhängen. Sollte eines der beiden Häuser seine Genehmigung der vorliegenden Verordnung versagen, so würde dieselbe dann sofort eben so wirkungslos sein, wie irgend eine andere Vorlage, der die Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung fehlt.

Graf Kraussow: Er halte den Erlaß solcher Verordnungen für misslich, wenn die Staatsregierung sich des Erfolges derselben und wenn sie der Zustimmung beider Häuser des Landtages nicht gewiß sei. In dieser Beziehung werde die Regierung wohl ernst mit sich zu Rathe gegangen sein. Fehle

ihm der Herzog Carl Eugen, der sich von ihm beleidigt und verspottet fand, durch gemeine List auf das württembergische Gebiet locken und gefangen nehmen. Mehr Jahre schmachtete der Unglückliche auf der Festung Hohensasperg unter der Aufsicht des berüchtigten pietistischen Commandanten Kiege, der den armen Gefangenen mit ausgefuchten Martern quälte. Nichts desto weniger dichtete er im Kerker seine schönsten Lieder, die berühmte „Fürstengruße“, das noch jetzt berühmte „Caplied“ und seinen Hymnus auf „Friedrich den Einzigen.“ Auch wurde ihm die Freude zu Theil, den jungen Schiller, auf den Schubart einen großen Einfluß ausgeübt, kennen zu lernen. An Leib und Seele gebrochen, erhielt er endlich die Freiheit, aber die Flügel waren dem Genius gelähmt und er vermochte sich nicht mehr aufzuschwingen, indem er sich immer mehr einem mystischen Pietismus überließ.

Nächst Schubart interessiert uns in dem Roman der Herzog Carl Eugen von Württemberg, dieses Muster eines kleinen Tyrannen und seine Kämpfe mit den Ständen um die Erhöhung des Militäretats und die Vermehrung der Steuern. Ihm gegenüber steht der wackere Consulent Johann Jacob Moser, der furchtlos und treu seinem Eide dem fürstlichen Gewaltthäter widerstrebt und sich weher durch Ungnade, noch durch Kerker und Marter aller Art scheiden und beugen läßt. In diesen ständischen Kämpfen und in der Schilderung der Wirtshauswirtschaft am Ludwigsburger Hofe giebt der Dichter ein eben so ergreifendes als historisch richtiges Bild der sogenannten alten guten Zeit. Wie man hört, ist Brachvogel in Folge seines Romans die Redaction der Zeitschrift des Johanniterordens, die er bisher mit anerkannter Tüchtigkeit geführt, gekündigt worden.

Auf den Theatern herrscht augenblicklich eine große Dürre und Mangel an interessanten Neugkeiten, desto größere Thätigkeit auf dem musikalischen Gebiete. Hier fehlt es nicht an Concerten, Quartetten und Aufführungen, unter denen die „Gedächtnisfeier Felix Mendelssohn“, welche der Stern'sche Gesangsverein kürzlich in liebevoller Pietät veranstaltet, unstreitig den ersten Rang einnahm. Zur Aufführung kamen nur eigene Compositionen des unsterblichen Meisters, und zwar der 95. Psalm, die erste Walpurgisnacht und Scenen aus der Oper „Loreley“, die durch Mitwirkung des Fräulein Lucca einen besonderen Reiz erhielten. Max Ring.

der Erfolg oder die Zustimmung beider Häuser des Landtages, so sei die Regierung in der Gefahr, eine moralische Niederlage zu erleiden. Es sei bei uns ein so empfindender Pressenruf eingegeben gewesen, wie in keinem andern europäischen Staate; in keinem andern Staate, mit Ausnahme vielleicht von Nordamerika, und es sei gelungen, die Tagespresse dahin zu bringen, daß sie sich wenigstens zu einem Schein des Anstandes bequeme habe. Der Erfolg sei aber noch ein ungenügender, und es bestände noch eine große Anzahl von Schandblättern, — er nenne nur eins davon, die hiesige „Volkszeitung“. Er erkenne deshalb eine absolute Nothwendigkeit zum Erlasse der Verordnung an, denn die Presse sei bei uns thatsächlich straflos gewesen, da die Strafgesetze gegen sie in so loser Weise gehandhabt worden wären, daß die Strafen, wenn sie einmal solche erkannt worden seien, eher den Character einer Prämierung als einer empfindlichen Strafe an sich getragen hätten. Er halte die Verordnung vom 1. Juni für verfassungsmäßig; wenn die Verfassung sage, daß Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes erkannt werden dürften, so frage es sich doch, ob die Verordnung nicht ein Gesetz sei, Gesetzskraft habe sie wenigstens. Die Verordnung strafe aber auch garnicht; die Consequenz-entziehung sei keine Strafe; sie könne vielleicht den davon Betroffenen sehr unangenehm berühren, aber eine Strafe im juristischen Sinne sei sie nicht. Was den Nothstand betreffe, so glaube er, daß derselbe in vollem Maße vorhanden sei. Wäre die Verordnung nur ernst und streng gehandhabt worden, so würde der Erfolg noch ein größerer gewesen sein. Thatsache sei es, daß ein großer Theil unserer Richter in politischer Beziehung einer extremen, demokratischen Richtung angehöre, und wenn er die Unparteilichkeit unserer Richter auch noch so hoch halte, so glaube er doch, daß es eine Grenze der Unparteilichkeit gebe, dem absolut unparteilich sei kein Mensch. Daß ein Richter, der eine politische Parlaments- oder Clubrede gehalten habe und in einer Zeitung einen Widerhall dieser Rede fände, in dieser daselbe, was er selbst ausgesprochen habe, als strafbar ahnden solle, heiße etwas Uebermenschliches verlangen. Man könne mit Sicherheit annehmen, daß das andre Haus die Verordnung verwerfen werde; je wärmerer Freund einer geordneten Pressefreiheit er sei, um so mehr wünsche er, daß die Zeitungsredactoren die wiedererlangte größere Freiheit dazu benutzten, sich selbst Schranken anzulegen, nicht aber wieder einen so schrankenlosen Gebrauch von der Freiheit zu machen, wie dies früher geschehen ist. Die Folge werde die sein, daß in Zukunft eine noch weit schärfere und durchgreifendere Beschränkung der Pressefreiheit eintreten müßte, denn mit einer straflosen Presse lasse sich nicht regieren. (Die Minister v. Bodelschwingh und v. Selchow sind inzwischen eingetreten.)

Obertribunalsrath Bloemer: Die Pressverordnung schließe sich, Behufs einer Bestrafung der Ausschreitungen der Presse, nicht an einzelne Paragraphen des Strafgesetzbuches an, sondern verweise das Urtheil auf die Gesamthalterung eines Blattes. Ob nun aber die Gesamthalterung einer Zeitung ein regierungsföndliches Bestreben erkennen lasse, das unterliege einer völlig subjectiven Beurtheilung, und diese sei so schwierig, daß Beispiele von Gegenfällen in der Beurtheilung ganz nahe liegen. Der Commissionsbericht sage, der Nothstand habe keine weitere Veränderung erlitten, als daß jetzt beide Häuser versammelt seien, und es werde die Gefahr nur wachsen, wenn die Novelle sich nicht unmittelbar als Gesetz an die Verordnung anschließe. Dem gegenüber sage die Regierung in ihrer Denkschrift, die Hoffnungen, welche sie auf die Wirkung der Verordnung gesetzt, seien im Ganzen nicht getäuscht worden. Wenn nun, nach Auffassung der Commission, diese Hoffnungen der Staatsregierung dennoch als getäuscht erschienen, so gingen offenbar die Ansichten der Commission und der Regierung in diesem Punkte auseinander. Der durch die Verordnung eingeleitete Zustand sei in so fern nachtheilig für die Achtung vor der Regierung, als dieselbe danach als Richter in eigener Sache erscheine; er sei auch unheilvoll für den Frieden, den wiederherzustellen der lebhafteste Wunsch der Regierung sei. Er müsse sich deshalb gegen die Commission erklären, wenngleich er Ausschreitungen — auf beiden Seiten — nicht leugnen könne. Die Gefahr sei übrigens nicht so groß, wie man sie darstelle. Und wenn wirklich, so liege im Kampfe der freien Meinungsäußerung auch wieder die Hilfe; man müsse doch vertrauen, daß der Gerechtigkeitsinstinct endlich siegreich durchbrechen werde. Es werde ihm schwer, aber er müsse der Wahrheit die Ehre geben und gegen die Anträge der Commission stimmen.

Dr. v. Bander rät zunächst, daß der Widerspruch eines Mitgliedes der Commission (Dr. Büggemann) gegen den zweiten Antrag der Commission in dem Bericht nicht abgedruckt sei. Er entledige sich deshalb des Auftrags, den ihm das am Erscheinen verhinderte Commissions-Mitglied gegeben, die Gründe dieses Widerspruches mitzutheilen. Dasselbe glaube, daß durch den zweiten Antrag die Meinung entstehen könne, das Herrenhaus wolle dem Ministerium die Anregung zu einer Verfassungswidrigkeit geben, nämlich die Verordnung auch dann weiter gelten zu lassen, wenn ein Factor der Gesetzgebung die erforderliche Genehmigung nicht erteile. Er selbst habe für beide Anträge gestimmt. Was die Verordnung selbst betreffe, so halte er die Forderungen des Art. 63 der Verfassung für vollkommen gewahrt. Einen erheblichen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung hätten ihm Anfangs die Art. 7 und 8 der Verfassung eingelegt, welche bestimmten, daß Niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen und daß Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden dürften. Der Zweifel sei aber nicht begründet, denn da nach Art. 63 die Verordnung Gesetzeskraft habe, so seien eben vom Erlaß derselben ab die Verwaltungsbehörden die gesetzlichen Richter geworden. Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit sei daher nicht gerechtfertigt.

Herr Camphausen (Rheinl.): Es könne in Zweifel gezogen werden, ob es weise sei, ohne Noth zu einer Kundgebung abzugehen, welche eine weitergehende Differenz der Ansichten des Herrenhauses mit der öffentlichen Meinung herausstellen würde, als bis jetzt der Fall gewesen. Er werde sich nicht bemühen, fruchtlos davon abzumachen. Es sei zu einleuchtend, daß die Verfassung nicht die Bedeutung habe, daß ein Gesetz, zu welchem die Minister die Zustimmung des Landtages nicht erhalten konnten, unmittelbar nach dem Schluß der Kamern als Verordnung erlassen werden könne. Es möge dies zum Fortbestande des Ministeriums notwendig gewesen sein und in solcher Weise vielleicht ein ministerieller Nothstand vorhanden gewesen sein (Weiterlekt); einen solchen Nothstand könne aber die Verfassung nicht. Unzweifelhaft sei die Regierungskunst eine leichte, wenn nur gedruckt werden dürfe, was der Regierung gefalle. Bekanntlich werde in Frankreich der Napoleonismus erst dann für befestigt erachtet, wenn er die Pressefreiheit ertragen könne. In der Sache selbst schließe er sich der frühe-

ren Majorität des Herrenhauses vom Jahre 1860 an, als das Herrenhaus beschloß, die Gewalt, welche die Verwaltungsbehörden vermöge administrativer Befugnisse über die Presse üben konnten, aufzuheben. Damals habe sich ein Mitglied der gegenwärtigen Commission dahin geäußert, daß wir die Pressefreiheit nicht entbehren könnten, und unsere berechtigten Eroberungen in Deutschland könnten wir nur machen, wenn vor dem Volke seine Rechte und Freiheiten entwickelt würden; zu einer solchen Entwicklung sei aber eine Freiheit der Presse unumgänglich erforderlich. Der Beschluß sei damals mit großer Majorität gefaßt worden. In Uebereinstimmung mit dieser großen Majorität stimme er gegen die Anträge der Comm. Uebrigens stimme er mit dem Wunsche überein, daß die Presse in der gemachten Erfahrung eine ernste Mahnung finden möge, einen besonnenen Gebrauch von der Pressefreiheit zu machen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Vordredner habe geäußert, es habe zur Zeit des Erlasses der Verordnung möglicherweise ein ministerieller Nothstand, gewiß kein Nothstand im Sinne der Verfassungs-Urkunde bestanden. Was unter „Nothstand“ zu verstehen sei, sei ein durchaus relativer Begriff; die Regierung habe die Zustände für dazu angethan gehalten, einen Nothstand als vorhanden anzusehen; die Häuser hätten, nachdem ihnen die Verordnung vorgelegt sei, zu prüfen, ob sie ihrerseits jenen Nothstand anerkennen wollten oder nicht. Bei dem Erlasse der Verordnung habe sich das Land in einer Erregtheit befunden, die weit über die natürlichen Grenzen hinausgegangen sei, und die Regierung habe sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß diese Erregtheit zum Theil eine künstliche, durch die Ausschreitungen der Presse hervorgerufene sei. Die Regierung habe sich nicht verhehlt, daß ein „Nothstand“ nicht bloß in den Formen des Aufruhrs, überhaupt äußerlich hervortretender Zustände sich kundgeben könne, sondern daß es ein noch weit gefährlicherer Nothstand sei, welcher an dem Gewissen und der Ueberzeugung des Volkes nage. Aus diesen Gründen habe das Staatsministerium sich einstimmig dafür entschieden, daß ein Nothstand vorhanden sei. Von einem ministeriellen Nothstand, das wolle er zum Schluß nochmals hervorheben, sei keine Rede gewesen; das Ministerium sei bereit, in dem Augenblicke sein Amt niederzulegen, wo es glaube, daß dadurch der Nothstand, in dem sich leider das Land jetzt befinde, beseitigt werden könne. (Bravol!)

Dr. v. Seufft-Pilsach: Wenn ein Vordredner gesagt habe, die Pressverordnung müsse aufgehoben werden, wenn auch nur ein Factor der Gesetzgebung nicht zustimme, so müsse er bemerken, daß sie ihre Gesetzeskraft erst verliere, wenn sie durch eine neue Verordnung Sr. Majestät in der Gesetzesammlung aufgehoben sei. Der Nothstand bedürfe keiner Illustration. Die königstreuen Männer würden unabhängig und auf die bestmögliche Weise von der Presse angegriffen und dadurch in ihren Rechten und Freiheiten getränkt. Die Brutalität des niederen Volkes auf den Straßen werde immer größer, von Tag zu Tag nehme die Action des Messers zu. Wenn man übrigens die „Volkszeitung“ ansehe, so finde man, daß die freie Bewegung der Presse nicht gehemmt sei, wie die acht Artikel „Ueber die Sterblichkeit im Militär“ bewiesen. Es sei dem gegenüber wünschenswert, daß die Verordnung gelte, bis ein Gesetz an ihre Stelle trete, denn sonst könne er nur raten, von Landtag zu Landtag neue Pressverordnungen zu octroyiren. Er bedaure, daß das Haus gezwungen sei, sich mit einem zum Theil gar nicht sauberen Gegenstande zu befassen; denn der Theil der Tagespresse, welcher hier in Betracht komme, sei nur eine Aart, nur eine Schmarogerplanze, mit deren Pflege Ruffgänger ihre Tage verderben, während er von Herzen bereit sei, die Verdienste der guten Presse um Bildung, Wissenschaft und Kunst gern anzuerkennen; freue er sich doch jedesmal, wenn er des Morgens die Dorfblätter mit ihren Büchern unter dem Arme zur Schule gehen sehe. Die demokratischen Blätter hätten in frechster Weise die Staatsregierung geschmäht, einen Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig erklärt, was in England mehrjährige Gefängnisstrafe und harte Gelddüße nach sich gezogen habe, bei uns straflos sei. Der Herr Kriegsminister v. Moos habe es dulden müssen, daß man ihn einen Truppianten genannt, daß man ihn vorgeworfen, er habe nie einen patriotischen Schritt gethan. Die Artikel der „Volkszeitung“ über die Sterblichkeit im Militär hätten in manchen Truppentheilen zu Raisonnements angeregt, neben welchen die Offizierschre kaum bestehen könne. Die Soldaten Sr. Maj. seien „Schergen des Absolutismus“ gehalten worden; darin liege zugleich eine Beleidigung Sr. Maj. des Königs. Er wünsche, daß sogar in den Kirchen für die Beseitigung des Nothstandes gebetet werde, denn die Pressangelegenheit sei nur ein Krieg der Demokratie gegen das Königthum!

Fhr. v. Diergardt: Er habe sich beim Erscheinen der Pressverordnung zur besondern Aufgabe gemacht, die Wirkungen derselben in seiner heimatlichen Provinz zu beobachten und er könne versichern, daß die Wichtigkeit der Rheinprovinz gegen die Staatsregierung — nicht gegen Sr. Majestät — durch die Verordnung in sehr bedenklicher Weise gesteigert worden sei. In einem Augenblicke, wo die politische Lage Europas in Tagesfrist sich zu einer verhängnisvollen gestalten könne, halte er es gerade von seinem conservativen Standpunkte aus für seine Pflicht, seine Bedenken gegen die Verordnung zur Geltung zu bringen; er werde gegen die Genehmigung stimmen.

Dr. v. Below: Als die Verfassung entworfen worden sei, da habe im ganzen Lande der Glaube an die Unparteilichkeit des preussischen Richterstandes existirt; er müsse es an dieser Stelle aussprechen: auf politischem Gebiete existire die Unparteilichkeit des preussischen Richterstandes nicht mehr. (Beifall rechts.) Wenn der alte preussische Richterstand auf allen Gebieten erhalten werden sollte, müsse der Richter frei gemacht werden von der politischen Bewegung. Das Haus dürfe die Sache nicht advocatisch beurtheilen, nicht jede seine Wendung der Verfassung erwägen, sondern das Haus müsse als Jury aburtheilen.

Justizminister a. D. v. Bernuth: Es seien hier Vorwürfe gegen den preussischen Richterstand ausgesprochen, die nicht hätten laut werden sollen. Von keiner Seite sei darauf eine Erwiderung erfolgt. Er müsse hier ein Wort erheben zum Schutze des preussischen Richterstandes in seiner großen Majorität. Vordredner habe den Richter-Collegien die Verwaltungsbehörden als Vertreter des öffentlichen Rechts gegenübergestellt. Wenn in solcher Weise die Entscheidung über die Ausschreitungen der Presse den Verwaltungsbehörden übertragen werde, so frage er, welche größere Sicherheit diese Behörden gewähren, als die ordentlichen Richter. Er habe die Absicht, nur den Rechtsstandpunkt zu wahren, und auf diesen Punkt möchte er die Debatte zurückführen. Er sei weit entfernt, die früheren Zustände der Presse hier in Schutz zu nehmen; aber andererseits sei schon darauf hingewiesen,

daß der Zustand der Presse auf Gründe zurückgeführt werden müsse, die eine weit tiefere Bedeutung hätten. Das dürfe nicht unerwogen bleiben bei Beurtheilung unserer Preßzustände, wenn auch ein Redner dagegen Protest eingelegt habe, daß man sich auf die öffentliche Meinung berufe. Er erkenne in der öffentlichen Meinung einen Factor des Staatslebens, dem Niemand sich auf die Dauer werde entgegen setzen können, ohne Schaden zu leiden. Er trete also hier nicht als Vorkämpfer für die Presse ein, aber er müsse die Frage stellen, ob der Zustand ein solcher gewesen sei, daß eine Octroyirung erforderlich. Nach gewissenhafter Erwägung müsse er dieselbe verneinen.

Der Argumentation des Herrn v. Bander in Bezug auf die Artikel 7 und 8 der Verfassung müsse er einen entschiedenen Widerspruch entgegenstellen. Herr v. Bander habe gesagt, da die Verordnung nach Art. 63 Gesetzeskraft habe, so seien eben Kraft der Verordnung die Verwaltungsbehörden im Sinne des Art. 7 der Verfassung die gesetzlichen Richter für die Presse. Dagegen aber spreche doch ausdrücklich der Art. 86 der Verfassung; „Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner andern Autorität als der des Gesetzes unterworfenen Gerichte ausgeübt“, und schon das Landrecht bestimme im Th. 2, Tit. 17 dasselbe. Das System der Verwarnungen habe in Frankreich nur eine dem Scheine nach freie Presse erzeugt; in Oesterreich habe man seit dem 17. December v. J. das Verwarnungssystem aufgegeben. Es habe auf ihn einen peinlichen Eindruck gemacht, dasselbe System, welches nach den ausführlichen Verhandlungen im österreichischen Reichsrathe fast ohne Widerrede als durchaus unhaltbar beseitigt worden ist, dieses so zu sagen bankrutte System nach fünf Monaten in Preußen wieder eingeführt zu sehen. Da nach seiner Auffassung die wichtigsten Rechtsgründe nicht gestatteten, eine solche Verordnung zu octroyiren, so müsse er gegen den ersten Antrag stimmen. Für den zweiten Antrag fehle ihm ganz das Verständniß. Nach Art. 63 habe das Haus nur auszusprechen, ob es die Verordnung genehmige oder nicht. Das sei Alles.

Regierungs-Commissarius, Regierungs-Assessor Jacobi: Art. 63 habe den Sinn, eine Verordnung habe Gesetzeskraft, soweit sie nicht der Verfassung zuwiderlaufe. Bei den Vorarbeiten für Art. 63 sei bedenklich gewesen, daß damals beide Kammern den Antrag: „Es solle nicht octroyirt werden dürfen, wenn die Octroyirung gegen die Verfassung verstoße, sondern auch nicht, wo die Verfassung ein Gesetz verlange“, abgelehnt haben. Unser ganzer gegenwärtiger Zustand sei eigentlich ein octroyirter. Im Juni 1850 sei in ähnlicher Weise eine Preßverordnung octroyirt worden, und obgleich ein Haus die Dringlichkeit dieser Octroyirung nicht anerkannt habe, so habe doch keines die Verfassungsmäßigkeit derselben bestritten.

Justizminister Graf zur Lippe: Nicht die Person der Richter, sondern die bisherige Lage der Preßgesetzgebung, die Niemanden so eigentlich recht verantwortlich mache, sei ein Zeichen des Nothstandes gewesen. Die Regierung habe die Sache ihrerseits rein von der gewerblichen Seite zu erfassen gesucht. Er müsse auch seinerseits die Richter gegen den ihnen gemachten harten Vorwurf schützen. Er gebe zu, daß auch Richter sich hätten Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen, aber einen generellen Vorwurf dürste man daraus nicht herleiten.

Bei der Abstimmung antworten bei dem ersten Antrage der Commission mit „Ja“ 77 Mitglieder, mit „Nein“ 8, nämlich die Herren v. Bernuth, Bloemer, Camphausen (Cöln), Frhr. v. Diergardt, v. Flemming, v. Gruner, Jähning und Dr. Zellkamp. Ueber den zweiten Antrag (auf provisorische Rechtsgiltigkeit der Verordnung, bis die Preßnovelle Rechtskraft erlangt habe) wird die ebenfalls beantragte namentliche Abstimmung nicht beliebt; derselbe wird mit großer Majorität angenommen. (Die Vertreter der Städte waren fast sämmtlich nicht anwesend.)

Politische Uebersicht.

Das „Sahnaer Stadtblatt“ ist durch die Regierung zu Pögnitz auf Grund der Preßverordnung vom 1. Juni unterdrückt worden und hat in Folge dessen einsteilen zu erscheinen aufgehört. Der Verleger hat die Appellation an das Staatsministerium angemeldet.

Wie die „Reform“ meldet, ist der Director des Gymnasiums in Neu-Stettin Dr. H. Lehmann seit dem 4. v. Mts. mit der Mehrzahl seiner Collegen am Gymnasium in Disziplinär-Unterrichtung.

Der Thronwechsel und seine Folgen haben ihre unaussprechlichen Wirkungen bereits geäußert. Wie der Telegraph gestern Abend meldete, hat der König Christian die Gesamtstaats-Verfassung für Dänemark und Schleswig unterzeichnet. Mit der Durchführung dieser Verfassung wäre die Incorporation Schleswigs vollzogen. Das kann und darf Deutschland nicht zugeben. Es wird dieser offensbaren Verletzung der Verträge gegenüber nur noch eine dringende Veranlassung mehr haben, den König Christian als Herzog von Schleswig-Holstein nicht anzuerkennen. Die öffentliche Meinung in Deutschland drängt zur Entscheidung dieser Frage.

Deutschland.

Berlin, 19. November. Ihre Maj. die Königin gedenkt, dem Vernehmen nach, Ende künftiger Woche nach Berlin zurückzukehren.

Der Prinz-Admiral Adalbert empfing heute mehrere Marineofficiere und conferirte darauf mit dem Director im Marineministerium, General v. Rieben.

Der Minister-Präsident v. Bismarck hat heute den Erbprinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg empfangen und darauf längere Zeit mit dem kaiserl. russischen Gesandten und dem kaiserl. französischen Botschafter conferirt.

In Erfurt hat die Stadtverordnetenversammlung mit großer Majorität den Antrag auf Bewilligung von Diäten für den Oberbürgermeister v. Oldershausen, welcher die Stadt im Herrenhause vertritt, abgelehnt.

Privatnachrichten aus Copenhagen zufolge wird die bekannte Gräfin Danner (früher Masumien) Dänemark schon in kürzester Zeit verlassen und ihren Aufenthalt zunächst bei Verwandten im Regierungsbezirk Minden nehmen.

Frankreich.

Paris, 16. Nov. Morgen findet ein Ministerrath in Compiègne statt. Wichtige Angelegenheiten sollen in demselben verhandelt werden. Die Nachricht von dem Tode des Königs von Dänemark hat überauscht. Man befürchtet hier, daß die Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg, die den Vertrag von 1852 nie anerkannt haben, jetzt auf eine gänzliche Trennung von Dänemark dringen werden. Die englische Regierung wird damit natürlich nicht einverstanden sein. Lord Palmerston hat die Absicht, zu versuchen, den neuen König zu einigen Concessionen zu bestimmen; dieselben werden jedoch die Herzogthümer gewiß nicht befriedigen und diese, wenn sie vielleicht auch für ihre Zukunft nicht zu den

Waffen greifen, doch gegen die neue Ordnung der Dinge protestiren.

Dänemark.

Kiel, 17. November. Heute Morgen wurde das hiesige „Wochenblatt“ confiscirt, wie man hört, wegen eines Artikels über den Tod des Königs, worin es heißen soll, daß jetzt, nach Erlöschen der königlichen Linie des oldenburgischen Hauses, die verhängnißschwere Frage der legitimen Erbfolge an uns herantrete, und gewünscht wird, das Volk möge mit dem Bewußtsein des Rechts, mit Muth und Ausdauer den Ereignissen entgegengehen.

Danzig, den 19. November.

* Der Abgeordnete Harfort ist, wie wir hören, gestern aus Berlin hier eingetroffen, hat heute die Etablissements der Königl. Werft besucht und sich längere Zeit dort aufgehalten.

* In der gestrigen Sitzung des Aeltesten-Collegii der Kaufmannschaft wurde die Wahl eines technischen Mitgliedes des Rgl. Commerz- und Admiraltäts-Collegii an Stelle des ausscheidenden Commerzraths Hrn. v. Frangius vorgenommen. Die Wahl fiel auf den Kaufmann Herrn Theodor Bischoff.

* In der am 18. in Dirschau stattgehabten General-Versammlung des Hauptvereins Westpreuß. Landwirthe wurde u. A. beschlossen: 1) Die Angelegenheit der Errichtung einer Vorfuß- und Depositionsbank nach dem Muster der in Marienwerder bestehenden einer besonderen Commission aus den Herren v. Bülow-Brück, Angerer-Wispau, Ebert, Konrad Reinick und Generalsecretär Martiny-Danzig zur Ausführung zu übertragen. 2) Das nächste jährige Herbstwunderfest des Vereins nach Danzig oder in dessen Nähe zu verlegen und damit eine größere landw. Ausstellung zu verbinden. 3) In Einklange mit Vesterem den vorgelegten Entwurf zur Einführung einer Prämienordnung für den Hauptverein einer erwählten Commission zur eingehenden Prüfung zu überweisen. 4) Um der vermehrten Anwendung käuflicher Düngemittel Vorschub zu leisten, mit den Inhabern größerer Düngelager zu Danzig Verträge abzuschließen, wonach jene die letzteren unter die Controle des Vereinscomitês stellen. 5) Zur Verhütung von Insekten-schäden Modelle von Mistkästen für Hühnerhöfe und eine größere Anzahl von Exemplaren der Gloger'schen Schrift: „Die nützlichsten Freunde der Land- und Forstwirtschaft unter den Thieren“ unter die Zweig-Vereine zu vertheilen. In der Frage: „Welche Schritte können seitens des Hauptvereins geschehen, um dem En lausen des Gesindes aus dem Dienste wirksam entgegenzutreten?“ konnte ein Hilfe bringender Beschluß des Vereins leider nicht herbeigeführt werden.

* In vergangener Nacht versuchten Diebe einen Einbruch durch den Keller bei dem Sanitätsrath Dr. Jaeger, wurden aber durch die Schutzeleute verjagt.

* Der Arbeiter, welcher die Frau in Schidlig gestern durch einen Schlag mit einer Glatze tödtete, ist verhaftet.

* Der Herr Deichhauptmann Wessel in Stübblau und der Herr Deichinspector Schmidt in Dirschau sind gestern von den Deich-Repräsentanten des Danziger Werbers für die nächsten sechs Jahre einstimmig wieder gewählt worden. An Stelle des bisherigen stellvertretenden Deichhauptmanns Herrn Wannow in Trutenau wurde, und zwar gleichfalls einstimmig, der Herr Oberschutz Witz in Kriesfohl gewählt.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. November 1863. Aufgegeben 2 Uhr 14 Min. Angekommen in Danzig 4 Uhr — Min.

	Legt. Ers.	Preuß. Rentenbr.	Legt. Ers.
Koggen loco	35 1/2	35 1/2	3 1/2 Westpr. Pfbr. 83
November	35 1/2	35 1/2	4 1/2 do. do. 93
Frühjahr	36 1/2	36 1/2	Danziger Privatbl. —
Spiritus Novbr.	14 1/2	14 1/2	Distr. Pfandbriefe 83
Rüßöl do.	12	12 1/2	Distr. Credit-Actien 69 1/2
Staatschuldsscheine	86	87	Nationale — 64
4 1/2 56er. Anleihe	99 1/2	100 1/2	Russ. Banknoten — 89
5 1/2 56er. Pr.-Anl.	103 1/2	104 1/2	Wechsel. London 6. 19 1/2

Fondsboerse: panique.

Hamburg, 18. November. Getreidemarkt. Weizen unverändert, ruhig. — Roggen loco unverändert, Distec weniger fest gehalten. — Del unverändert, loco und Novbr. 24 1/2 Brief, Mai 25 1/2. — Kaffee, verkauft schwimmend eine Ladung Rio 2800 Sack loco, 1500 Sack Maracaibo, 500 Sack Domingo; Preise unbekannt. — Zucker bewegt, wiederum 8 Schillinge höher. — Zink 1000 Lt. Frühjahr 11 1/2.

Amsterdam, 18. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. — Roggen loco preishaltend, lebhafter, auf Termine flauer. — Raps November 66. — Rüßöl November 37 1/2, April 37 1/2.

London, 18. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizenmarkt beschränkt aber fest. Frühjahrsgetreide fest. — Wetter trübe.

London, 18. November. Türkische Consols 47. Consols 91 1/2. 1 % Spanier 46 1/2. Mexikaner 37 1/2. 5 % Russen 91. Neue Russen 86. Sardinier 89.

Der Dampfer „Indiana“ ist mit der Post vom 9. October vom Cap eingetroffen.

Liverpool, 18. November. Baumwolle: 2500 Ballen Umsatz. Matte haltung.

Paris, 18. November. 3 % Rente 67, 25. Italienische 5 % Rente 72, 10. Italienische neueste Anleihe —. 3 % Spanier 51 1/2. 1 % Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 395, 00. Credit mob. Actien 1090, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 530, 00.

Produktenmärkte.

Danzig, den 19. November. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—128/29—130/1—132/4 nach Qual. 61/62—62 1/2/63 1/2—64/67 1/2—68/70/71 1/2; extrafein hellglatt 133/4—136/7 1/2 von 72 1/2—74/75; dunkelbunt 125/6—130/31 1/2 von 55/57 1/2—60/62 1/2; für 125 1/2. Alles für 85 1/2 Zoll. Roggen frisch 123/5—128/130 1/2 von 38/39—40/41 für 125 1/2.

Erbse von 44/45—47/48 für. Gerste frische kleine 106/108—112/14 1/2 von 31/32—34/35 für. große 110/112—118/120 1/2 von 34/35—37/39 für.

Häfer von 23—25 für. Spiritus 13 1/2 für bezahlt.

Getreide-Wärse. Wetter: trübe und regnerisch. Wind: SW.

Kaufkraft für Weizen schwach und nur vereinzelt, Preise unverändert, Umsatz 95 Lasten. Bezahlt für 123 1/2 alt bunt 1380, 132 3/4 bunt glatt aber blaupig 1376, 131 1/2 bunt 1397 1/2, 132/3 hellfarbig 1420, 131 1/2 hellbunt 1422 1/2, Alles für 85 1/2. — Roggen unverändert, 121 1/2 234, 237, 125/6 1/2 238 1/2, 126/7 1/2 240, alles für 125 1/2. — Spiritus 13 1/2 für bezahlt.

Königsberg, 18. Nov. (K. P. S.) Wind: SW. + 6.

Weizen etwas höher, hochbunter 124—131 1/2 58—69 für, bunter 130—131 1/2 62 1/2 für, rother 124—125—131 1/2 54 1/2—61 für bez. — Roggen unverändert, loco 117—123—124—127—128 1/2 34 1/2—38 1/2—42 für bez., Termine unverändert, 120 1/2 für November 38 1/2 für Br., 37 1/2 für Ob., 80 1/2 für Frühjahr 42 für Br., 40 1/2 für Ob., 120 1/2 für Mai-Juni 41 1/2 für Br., 40 1/2 für Ob. — Gerste sehr flau, große 100—110 1/2 30—33 1/2 für, kleine 106—107 1/2 31 1/2 für bez. — Häfer unverändert, loco 50 1/2 18—20 für bez. — Erbsen matt, weiße Koch- 45—46 für, Futter 42 für, graue 40—41 für, grüne 39—42 für Br. — Bohnen 42—48 1/2 für Br. — Widen 33—37 1/2 für Br. — Leinsaat sehr flau, fein 113—114 1/2 82 für, mittel 109—110 1/2 63—67 1/2 für bez. — Timotheum 4—6 1/2 für. — Rüßöl 12 für. — Kleinfuchsen 60—63 für. — Spiritus. Den 17. loco gemacht 14 1/2 für ohne Faß; den 18. loco Verkäufer 14 1/2 für, Käufer 14 1/2 für ohne Faß; für November Verkäufer 14 1/2 für ohne Faß; für Frühjahr Verkäufer 15 1/2 für incl. Faß für 8000 Pst. Lr.

Stettin, 18. November. (Off. Btg.) Weizen matt, loco für 85 1/2 gelber 50—55 1/2 für bez., 83/85 1/2 gelber für Nov. 56 für bez., 55 1/2 für Br., Nov.-Dec. 55 für Br., Frühjahr 58 1/2, 58, 57 1/2 für bez. u. Br., Mai-Juni 58 1/2 für bez. u. Br. — Roggen flau, für 2000 loco neuer 35 1/2—36 1/2 für bez., Novbr. 34 1/2, 1/2 für bez., 1/2 für Br., Nov.-Dec. 34 1/2 für bez., Frühjahr. 36 1/2, 1/2 für bez., 36 1/2 für Br. u. Ob. — Gerste Schles. loco für 70 1/2 32 für bez., Oberbr. 70 1/2 30 1/2 für bez. — Häfer ohne Umsatz. — Rüßöl hille, loco 12 für Br., Nov. 12 für Br., 11 1/2 für Ob., Dec. 11 1/2 für Br., April-Mai 11 1/2 für Ob. — Spiritus ruhig, loco ohne Faß 14 1/2 für bez. (starke Waare eine kleine Partie 14 1/2 für bez.), Novbr. 14 1/2 für bez., 1/2 für Br., Nov.-Dec. 14 1/2, 13 1/2 für bez., Dec. 14 1/2, 14 1/2 für bez., Jan.-Febr. 14 1/2 für bez. u. Ob., Febr.-März 14 1/2, 1/2 für bez., Frühl. 14 1/2 für bez. u. Br., Mai-Juni 14 1/2 für bez. — Leinsaat loco mit Faß 14 1/2 für Br., April-Mai 13 für bez. — Leinsamen Bernauer für Febr.-März 12 1/2 für bez. — Fering, Schott. Crown und Fullbrand 9 1/2—10 für tr. bez., kleiner Baar- 3 1/2 für tr. bez. — Corobnußöl, Ceylon 16 1/2 für bez.

Berlin, 18. November. Wind: West. Barometer: 28 1/2. Thermometer: früh 2 1/2. Witterung: regnerisch. — Weizen für 2100 Pfund loco 50—60 nach Qualität, fein. weiß. bunt. poln. 58 für ab Bahn bez., do. gelb. poln. 57 für do. — Roggen für 2000 Pfund loco alten 35 1/2 für ab Bahn und fein do. 35 1/2 für ab Boden bez., feinen neuen 37 1/2 für ab Bahn bez., Nov. 35 1/2 für bez., Nov.-Dec. 35 1/2—35 1/2—35 1/2 für bez., Br. u. Ob., Frühl. 37 1/2—36 1/2 für bez. u. Ob., 36 1/2 für Br., Mai-Juni 37 1/2 für bez., Juni-Juli 38 1/2 für bez. — Gerste für 1750 Pfund große 31—37 für, kleine do. — Häfer für 1200 Pfund loco 21—23 für nach Qualität, poln. 22 für ab Bahn bez., Nov. 21—20 1/2 für bez., Nov.-Dec. do., D.C. Januar 21 1/2 für bez., Frühl. 22 1/2—22 1/2 für bez., Mai-Juni 23 für Br., Juni-Juli 23 für Ob. — Erbsen für 25 Scheffel Kochwaare 40—48 für, 45 für für 2250 Pfund bez., Mittelwaare 41 für do. — Winterraps 84—86 für — Winterrüben 82—84 für — Rüßöl für 100 Pfund ohne Faß loco 12 1/2 für bez., gestern 12 1/2 für bez., Novbr. 12 1/2—12 1/2 für bez. u. Br., 12 1/2 für Ob., Nov.-Dec. 11 1/2—11 1/2 für bez. u. Br., 11 1/2 für Ob., Dec.-Jan. 11 1/2 für Br., Jan.-Febr. 11 1/2 für Br., April-Mai 11 1/2—11 1/2 für bez., Br. u. Ob., Mai-Juni 11 1/2 für Br. — Leinsaat für 100 Pfund ohne Faß loco 14 1/2 für bez., Nov. 14 1/2—14 1/2—14 1/2 für bez. u. Ob., 14 1/2 für Br., Nov.-Dec. 14 1/2—14 1/2—14 1/2 für bez. u. Br., 14 1/2 für Ob., Dec.-Jan. do., Jan.-Febr. 14 1/2 für Br., 14 1/2 für Ob., April-Mai 14 1/2—14 1/2—14 1/2 für bez. u. Br., 14 1/2 für Ob., Mai-Juni 15 1/2—15 1/2 für bez., Juni-Juli 15 1/2 für bez. u. Ob., 15 1/2 für Br.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 18. November 1863.

Angekommen: J. Gregory, Rapid, Sunderland, Kohlen. Gesegelt: J. Schmidt, Eden, London, Getreide.

Den 19. November. Wind West. Gesegelt: J. Harboe, L. R. Hvidt (SD.), Amsterd., Getreide. — C. Paritz, Colberg (SD.), Stettin, Güter. Ankommend: 3 Schiffe.

Thorn, den 18. Nov. Wasserstand: + 3 Zoll.

Samuel Kunkel, Dyzer Lewita, Warschau, Dgg., C. G. Steffens u. S., 30—Rg.

Heinr. Brieschke, J. Friedmann, do., do., Giel-dynski u. Löwinsky, 23 38 do.

Friedr. Lippert, Ignaz Konig, do., do., Luowig Joel, 24—Wj.

Hermann Gähle, S. Konig, do., do., 20—Rg.

Robert Gräber, Desf., do., do., Friedr. Joel, 23—do.

Joh. Gottschall, Dyzer Lewita, do., do., C. G. Steffens u. S., 24—Wj.

Joh. Mallon, S. Offer, do., do., S. Offer, 16—Erbf.

Mich. Lange, B. Goldstern, do., do., B. Goldstern, 26 16 Rg.

Aug. Mathesius, S. Taubwurz, do., do., S. Taubwurz, 26—do.

Wilh. Morser, Dyzer Lewita, do., do., C. G. Steffens u. S., 26—do.

Heinrich Böhle, M. A. Goldening, do., do., M. Meyer, 25 35 do.

Rob. Kray, S. Taubwurz, do., do., C. G. Steffens u. S., 26—do.

Summa: 48 L. Wj., 226 L. 29 Schf. Rg., 16 L. Erbf.

Frachten.

* Danzig, 19. November. Grimsby 21s für Load Ballen, 26s für Load Plangons, oder Hull 21s 6d für Load Ballen, 26s 6d für Load Plangons. Grangemouth, Aberdeen 4s, Dublin 5s 9d für Quarter Weizen. Groningen, Harlingen 23 1/2 für Holl. Erd. für Last Roggen.

Fondsboerse.

* Danzig, 19. November. Hamburg 2 Mon. 149 1/2 bez. Amsterdam 2 Mon. 140 1/2 bez. Wipprf. Pfandbriefe 3 1/2 83 1/2 Br., 83 G.

Verantwortlicher Redacteur H. Kiderl in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Reobrt.	Wind.	Barom. Stand Bar.-Hö.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
18	4	339,01	8,1	W. mäßig, bew. Himmel.
19	8	340,65	7,7	W. mäßig, trübes Wetter.
12	12	341,03	7,7	W. do. bew. Himmel.

86½ bz	St. Wm. & Co.
87	ohne R.
88	Def. - 8 R.
89	Pol. Stu. -
90	Dollars
91	Napo. & 10

und Papiergeld.	
9 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	Louisd'or 110 2
99 $\frac{1}{2}$ b $\frac{3}{4}$	Sovereigns. 6.21 $\frac{1}{2}$
33 $\frac{1}{2}$ b $\frac{3}{4}$	Goldfron. 9.7 8
—	Geld (pr.) 462 0
1 $\frac{1}{2}$ ③	Silber 29 27 0
1 $\frac{1}{2}$ ③	

in Danzig.